

Der Abend  
2. W. 1919

A 71  
75

## Gemeinde-Sozialismus und Profit.

Die neue Gemeindeverwaltung empfand das Bedürfnis, einen Anfang mit der Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel zu machen. Sie suchte sich dazu den Zucker aus, wogegen sicherlich nichts einzuwenden ist. Bedenklicher ist schon, daß man nicht den geringsten Versuch machte, sich dazu des neugeschaffenen Sozialisierungsgesetzes zu bedienen; trotz aller seiner beklagenswerten Mängel hätten sich wahrscheinlich doch Vorteile herauschlagen lassen. Am allerbedenklichsten aber ist, daß bei der Erwerbung von Aktien einer Zuckerfabrik den Aktionären Profit von ganz unerlaubter Höhe zugeschanzt wurde. Die Öffentlichkeit hat den Bericht über den Ankauf der Aktien der Zuckerfabrik in Brud an der Leitha offenbar kaum gelesen; es wäre sonst unverständlich, daß er so wenig beachtet worden ist. Vielleicht haben auch die meisten, in Börsensachen wenig erfahren, nicht verstanden, wie sehr die Gemeinde übers Ohr gehauen worden ist. Unzureichende Erfahrung so geriebenen Geschäftsleuten gegenüber ist übrigens das einzige, was man auch den Gemeindevertretern zugute halten kann. Man wird aber gut daran tun, bevor man wieder mit Banken und geriebenen Geschäftemachern abschließt, einen Fachmann zu fragen. Es gibt ja erfreulicherweise jetzt auch einige, die der Gemeindeverwaltung nahe stehen und sie vor den Tücken und Fuhangeln des Aktienwrens warnen können, vorausgesetzt, daß man gewarnt sein will, was wir trotz dieser peinlichen ersten Erfahrung noch immer annehmen wollen.

Die Fabrik gehört einer Aktiengesellschaft, deren Aktien fast ausschließlich im Besitz der Herren Redlich und Wehler und der Anglo-Osterreichischen Bank sind. Das Aktienkapital betrug bis jetzt 4 Millionen Kronen. Anlässlich des Abschlusses mit der Gemeinde Wien wird es auf 6 Millionen erhöht. Die Gemeinde bezahlt für Vierzighundertstel des erhöhten Aktienkapitals 3,840.000 Kronen. Vierzighundertstel von 6 Millionen machen 2,400.000 Kronen aus. Im Kaufschilling ist sohin ein Aufgeld von 1,840.000 Kronen enthalten.

Wie stellt sich also die Sache in Wirklichkeit dar? In Wirklichkeit werden die neuen 2 Millionen Aktien aus dem von der Gemeinde erlegten Gelde bezahlt, wofür sie Aktien im Nennwerte von 2 Millionen bekommt. Da sie aber 40 v. S. des Aktienkapitals, das sind Aktien im Nennwerte von 2,4 Millionen erwirbt, so bekommt sie außerdem noch alte Aktien im Nennwerte von 400.000 Kronen. Für diese gibt sie  $3,840.000 - 2,000.000 = 1,840.000$  Kronen, was einem Aufgelde von 1,440.000 Kronen oder 460 v. S. des Betrages von 400.000 Kronen entspricht, den die bisherigen Besitzer eingezahlt haben und der ihnen recht ausgiebige Renten abgeworfen hat.

Man wird zugestehen müssen, daß das ein Geschäft ist, das auch unter einer nicht sozialdemokratischen Verwaltung für die Bank und ihre Freunde nicht leicht hätte weniger angenehm ausfallen können. Mehr als das Viereinhalbfache des eingezahlten Geldes ist sicherlich im Zeitalter der Sozialisierung, die das Privatkapital bedroht, kein übles Geschäft.

Dazu kommt noch, daß die Gemeinde aber den Einfluß, den sie sich mit so großen Geldopfern sichern wollte, in Wirklichkeit gar nicht haben wird; wer sechs Zehntel des Aktienkapitals hat, hat auch sechs Zehntel des Einflusses; so ist es Recht und Gesetz in der kapitalistischen Ordnung und davon werden die Bank- und Geschäftsleute einer sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung zuliebe gewiß nicht abgehen, so gut sie auch mit ihr stehen mögen. Sie werden also nach wie vor Preis und Profit bestimmen und die Gemeinde wird mit ihren übertheuer bezahlten vier Zehnteln Ja und Amen dazu sagen müssen. Es ist bedauerlich, daß der Anfang der Bergemeindung der Nahrungsmittelerzeugung so unglücklich gemacht wurde; er wird die Besitzer anderer Großbetriebe nur noch kühner machen, als sie schon sind und wird sie veranlassen, ihre Forderungen ins Ungeheure zu steigern. Das ist der Fluch einer Wirtschaft, die unausgesetzt Übereinkünfte zwischen den Grundbesitzern und der vermeintlichen Zweckmäßigkeit schließt.